

# Arbeiterblatt

PROLETARISCHE VEREINIGUNG OESTERREICHS

Nummer 9

Oktober 1950

## DER LOHN- UND PREISPAKT

Die kapitalistische Regierung Oesterreichs, in der auch die SP vertreten und an der auch die Gewerkschaftsführung beteiligt ist, haben gemeinsam und nach monatelangen und geheimen Verhandlungen einen neuen Lohn- und Preispaakt beschlossen. Den Zweck der Verhandlungen hinter dem Rücken der Massen, haben wir schon einmal aufgezeigt. Preiserhöhungen für sich allein sind unpopulär, man kombiniert sie mit Lohnerhöhungen. Das Prinzip ist: in eine Tasche steckt man 1 Schilling, dafür nimmt man aus der anderen 10 heraus. Alle Beteuerungen, dass die Lohnerhöhungen die neuen Preise decken, sind Schwindel. Das wird, mit der ersten Auszahlung beginnend, jedem Lohnempfänger klar werden.

Die Arbeitenden haben schon mit den letzten drei Lohnabkommen ihre Erfahrungen gemacht, sie haben diesmal abgelehnt. Eine spontane Protestbewegung hat ganz Oesterreich erfasst und wird die Massen nicht so leicht loslassen.

Doch die Arbeiter kämpfen gegen einen mächtigen Gegner, den zu besiegen, die Voraussetzungen fehlen. Sie haben nicht nur den Klassengegner vor sich, sondern was noch schlimmer ist, den Feind im Rücken: die SP, die Gewerkschaftsführung und dazu die Stalinpartei. Diese sehen nur in der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten den einzigen Ausweg, sie stehen auf dem Standpunkt der Profitinteressen der Ausbeuter. Sie

sind Erhalter des kapitalistischen Staates geworden und dem unterordnen sie die Interessen der Arbeiterklasse. Für sie bringt das sehr viel ein, sie nisten sich in gute und bestbezahlte Posten, die ihnen die Bourgeoisie einräumt, ein. Darum wollen sie nicht kämpfen, darum lassen sie die Arbeiter im Stich, ja sie lassen sich sogar gegen die Massen verwenden. Die Arbeiter sind führerlos, ihre Aktionen sind aufgespalten, uneinheitlich. Soweit die KP die Führung übernimmt, sucht sie politisches Kapital daraus zunschlagen zu Gunsten des Kremls. Ebenso handeln auch die Linkssozialisten.

Was die Arbeiter brauchen, ist eine wirklich proletarischdemokratische Arbeiterpartei, ist eine konsequente Führung in den Gewerkschaften. Das muss erst geschaffen werden. Das heisst natürlich nicht, dass die Arbeiter in ihren spontanen Kämpfen keinen Erfolg haben können, aber er ist nur vorübergehend. Solange die Kapitalisten ihre Fabriken besitzen, die Grossgrundbesitzer den Boden, solange der ganze Handel in den Händen von Kartellen und Ausbeutern ist, solange sie ihren Besitz sichern mit einem klassenmässig aufgebauten kapitalistischen Staatsapparat, solange werden die erkämpften Erfolge in der Luft hängen. Das haben doch die Erfahrungen der letzten Zeit schon oft genug bewiesen.

Arbeiter, unser Kampf muss mit unseren Klassenbrüdern auf der ganzen Welt geführt werden. Sie stecken in der gleichen Lage wie wir.

Der Anschlag auf den Lebensstandard muss abgewehrt werden. Im Gegenteil, unsere Lebenshaltung muss auf Kosten der Kapitalisten gesteigert werden. Wenn die Kapitalisten entgegen, dass diese Lasten für den Unternehmer untragbar seien, muss Einblick in die Bücher verlangt werden, um den Herrschaften nachzuweisen, welche Riesenprofite sie einheimen.

Vertreter der Arbeiter, die das Vertrauen der Massen verloren haben, müssen abgesetzt werden und durch ernste, ehrliche Kämpfer ersetzt werden.

Nur ein konsequenter Kampf bringt einen neuen Aufstieg der Arbeiterklasse.

#### DIE LEHREN AUS DEM STREIK

-----

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft und der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie hatten zur Folge, dass in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik gegen den Willen der Gewerkschaftsführung eine Betriebsrätekonferenz zusammentrat. Die Beschlüsse der Konferenz waren richtig und gerechtfertigt. Aber es gelang der Stalinbürokratie, die Führung des gebildeten Exekutivkomitees an sich zu reißen. Damit war schon von vornherein der Keim zur Wirkungslosigkeit gekoht. Das gegen die Stalinisten bei den Arbeitern bestehende Misstrauen machte es den ehrlichen, kampfwilligen Betriebsräten schwer, und zum Teil auch unmöglich, die Arbeiter zu einer einheitlichen, solidarischen

Aktion zu bringen.

Die einer proletarischen Aktion unwürdigen Ausschreitungen, die sich in der Hauptsache gegen Proletarier richteten, entsprangen der kleinbürgerlichen Tendenz der Stalinbürokratie, welche gar nicht die Absicht hatte, eine Streikbewegung zu entfalten, da diese ihren grundsätzlich russischnationalen, kleinbürgerlichen Einstellung zuwiderläuft.

Genau so schändlich handelt die SP und Gewerkschaftsführung, die bezahlte Knüppelgarden einsetzte, um streikende Arbeiter, die mit den Stalinisten nichts zu tun haben, zur Arbeit zu zwingen, um den Profit der Kapitalisten nicht zu gefährden.

Arbeiter! Unser Kampf ist gerecht! Aber um einen Kampf zum Erfolg zu führen, bedarf es unbedingt einer proletarischdemokratischen Führung, die nicht klassenfremde Interessen vertritt.

Darum müssen wir alles daran setzen, die Böhm und Konsorten zu entfernen, und sie zu ersetzen durch freigewählte Arbeiter, die der Sache des Proletariats treu ergeben sind, und ständig von uns kontrolliert werden.

## E I N E P A R T E I G R U N D U N G

Anfang November soll die Links-sozialistische Partei gegründet werden.

Das Verhältnis zur Bourgeoisie bleibt die Grundfrage aller proletarischen Klassenpolitik. Unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen hat das Proletariat keine wie immer gearteten, auch nur vorübergehend gemeinsamen positiven Interessen mit der Bourgeoisie. Nicht nur die Klasseninteressen, sondern auch die zeitweiligen positiven Interessen beider Klassen laufen einander zuwider. In jeder Koalition mit der Kapitalistenklasse oder einem Teil derselben m u s s die Arbeiterklasse immer wieder schwersten Schaden erleiden. Indem die SP mit der Bourgeoisie zusammenarbeitet, indem die KP auf dieses Bündnis hinarbeitet, stärken sie die Bourgeoisie - schwächen sie das Proletariat, arbeiten sie für den Profit - gegen den Reallohn, wirken sie für den Kapitalismus - gegen den Sozialismus.

Nicht eine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik sei das Parteibündnis mit der Bourgeoisie, belehrt uns die SP durch Czernetz: "Koalitionen sind reine Zweckmäßigskeitsfragen" (Die Zukunft, Juni 1953). In der Regel verschleiern die Judasparteien ihre Zusammenarbeit mit den Klein- und Mittelkapitalisten durch ihren "Kampf gegen das Grosskapital". Die österreichische SP betreibt die Koalition sogar mit einer rechtsbürgerlichen Partei, der OeVP, und zwar, obwohl diese zu einem bedeutenden Teil faschistisch. Sie kann sich das erlauben, weil ihr die Be-

satzungsmächte, insbesondere die stalinische Besatzungsmacht samt ihrer KP (Kremlpartei) die Massen niederhält, ihnen den Kampf für die proletarischen Klasseninteressen aufs Äusserste erschwert.

Von einer Linksopposition in der SP kann gesprochen werden erst, sobald sie die Koalition mit der Bourgeoisie oder einem Teil derselben, sei es auch dem linken, freiheitlichen, demokratischen Teil der Bourgeoisie, prinzipiell zu verwerfen, zu bekämpfen beginnt, auch wenn sie noch von der Illusion beherrscht wird, diese Partei auf die proletarische Klassenlinie umstellen, sie reformieren zu können. Für diese Linie fecht die sozialdemokratische Linksopposition 1919/20 und ihr Blatt "Der revolutionäre Sozialdemokrat".

In der heutigen SP treten J. Hindels und seine Freunde gegen die Koalitionspolitik auf, weil sie sich schon als Hemmschuh des Kampfes erweise, die Kampfkraft der Arbeiterklasse bereits schwäche. Doch wenden sie nichts ein gegen die "Koalition als Episode... für kurze Zeit, nur zu einem bestimmten Zweck", mit einer "vorübergehenden Koalition" sind sie durchaus einverstanden (Die Zukunft, Dezember 1949). Sie stehen also grundsätzlich auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, sie bewegen sich durchaus im Rahmen des Rechts"sozialismus". Innerhalb der SPOe gibt es heute noch keine Kräfte, die für die konsequente proletarische Klassenpolitik kämpfen würden.

Hier suchen die "Fortschrittlichen Sozialisten" einzuhacken. Sie

geben vor, den "marxistischen Klassenstandpunkt" zu verfechten. Sie schwadronieren von ihrem angeblichen "Kampf gegen die Schicksalsgemeinschaft mit der Partei der österreichischen Kapitalisten": "Man kann den Arbeitern oder den Kapitalisten helfen, etwas Drittes gibt es nicht", sagen sie in ihrer Prinzipienklärung (Seite 10). Doch auf Seite 35 verkünden sie: "Der Weg zum Sozialismus kann nur gegangen werden, als Weg des härtesten, konsequentesten Kampfes gegen die Grosskapitalisten"; über die unumgängliche Notwendigkeit des konsequentesten Kampfes auch gegen die Mittel- und Kleinkapitalisten schweigt sich die Prinzipienklärung gründlich aus... Diese "Linkssozialisten" stehen in Wahrheit auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. In der Grundfrage der proletarischen Politik besteht zwischen ihnen und der SP kein grundsätzlicher Unterschied. Beide verfolgen die Grundlinie: Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse, mit einem Teil derselben, Hinarbeit auf dieses Bündnis.

Und beide stehen in dieser Grundfrage auf demselben Boden auch mit der Stalinpartei. Diese sucht ihre klassenverräterische Linie mit solchen verlogenen Formeln zu vernebeln wie: "Nationale Einheit aller (bürgerlichen) demokratischen Kräfte... Zusammenschluss aller (bürgerlich) demokratischen Kräfte... Kampf zur Beseitigung des Monopolkapitals (kein Wort vom Kampf auch gegen das Mittel- und Kleinkapital)... Kampf für die Bildung von Regierungen, die eine Zusammenfassung aller patriotischen Kräfte darstellen" (Resolution der Kominform, November 1949, siehe Oesterreichische Volksstimme, 30.11.1949, S.2, Spalte 3). Die KP ist zur Koalition mit allen "patricischen" Kapitalisten bereit, wenn sie nur geneigt sind, die Interessen der stalinrussischen Aussen-

politik zur Genüge zu berücksichtigen.

Im Verhältnis zur Bourgeoisie bewegt sich die Krempartei auf derselben Linie wie die SP, nämlich auf der klassenverräterischen Linie der Koalition mit der Kapitalistenklasse, mit Teilen derselben, auf der Linie des Hinarbeitens auf diese Koalition. Nur dient die KP der stalinrussischen Raubpolitik, die SP aber der angelsächsisch-imperialistischen Raubpolitik. Und die "Linkssozialisten" dienen dem Kremlnationalismus, der stalinbürokratischen, "volksdemokratischen" Raubpolitik, der anti-proletarischen Politik der Stalin & Co.

Mit der "Linkssozialistischen" Partei soll der österreichischen Stalinfiliale der Arm verlängert werden, um unzufriedene Sozialdemokraten für die Stalingaunerei, für die stalinbürokratischen Revolutionsparasiten leichter zu angeln einzufangen.-

Die Kräfte, die innerhalb der SPOe heute den proletarischen Klassenweg suchen, vermögen ihn nicht zu finden, weil sie auf den stalinbürokratischen, "volksdemokratischen" Verratsweg nur die Antwort wissen. der (bürgerlichen) Demokratie, der (bürgerlich) demokratischen Freiheit. Dadurch werden sie zwangsläufig auf den verräterischen Grundpositionen der SP festgehalten, dem rechts"sozialistischen" Verrat immer wieder in die Arme geworfen.

Nur die geduldige Kritik vom Standpunkt der proletarischen Demokratie, der proletarischdemokratischen Freiheit, der proletarischdemokratischen Kontrolle, nur die beharrlichen positiven Vorschläge der proletarischdemokratischen Politik zu allen wichtigen Lebensfragen der Massen - im Zusammenhang mit dem durch den Gang der Ereignisse sich immer mehr verschärfenden Kampf der Klassen-

wird allmählich all denen die Augen öffnen, die in der SP - einstweilen noch in schwersten Illusionen, Irrtümern befangen - ehrlich nach der Linie der proletarischen Klasseninteressen tasten, suchen.

Auch für ~~das~~ Herausbilden einer ernstesten Linksoption in der SP - einer Opposition nicht von Postenjägern, sondern von ehrlichen Kämpfern für die Klasseninteressen der Arbeiter - ist das Erstehen, der Aufbau der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei von grösster Bedeutung.

### W o r u m e s g e h t

Die Geschäfte blühen, die Profite wachsen, die Aktien steigen - Rüstungskonjunktur, Kriegskonjunktur. Ohne sie wäre die kapitalistische Welt am Beginn einer ungeheuren Weltwirtschaftskrise. Um mit Profit weiter produzieren zu können, fand die Weltbourgeoisie heute keinen anderen Ausweg als - K r i e g.

Durch Friedensgeheuchel suchen die Profitmacher über ihre Kriegstreibererei zu täuschen. Daran wird nichts geändert durch den Friedensschwindel des Kreml. Beide betrogen die Massen, auf deren Rücken sie den verbrüderlichen Kampf austragen.

Demokratie gegen Diktatur!  
Freiheit gegen Unterdrückung!  
Verteidigung gegen Aggression!  
Unabhängigkeit, Einheit Koreas!  
Fortschritt den asiatischen, den kolonialen Völkern!  
Wohlstand Allen!...  
Mit diesen und anderen Heucheleien trommeln beide auf die Hirne der Massen, um sie irrezuführen und leichter als Kanonenfutter zu missbrauchen.

Warum Krieg gerade in Korea? Weil es an die Mandschurei grenzt. Wer diese hat, mit ihrer Grossindustrie, ihren Rohstoffschätzen, kontrolliert China. Als Herren über die koreanische Halbinsel würden

die USA-Imperialisten Wladiwostok bedrohen, den einzigen eisfreien Hafen der SU am Stillen Ozean, und darüber hinaus durch die Mandschurei hindurch Ost- und Mittelsibirien samt der Industrie, die dort entstanden. Gestützt auf Japan wollen die amerikanischen Monopolkapitalisten Korea als Brückenkopf behaupten und benützen, um über diese Brücke den Krieg vorwärts zu tragen für ihr Kriegsziel:

Zerstückelung der SU in mehrere kapitalistische Staaten, unter Kontrolle der amerikanisch-englischen Imperialisten. Unterwerfung Chinas zum Warenabsatz-, Anlagemarkt des angelsächsischen Kapitals, zu seiner Rohstoffquelle, zu seinem Lieferanten billigster Arbeitskraft als Lohndrucker gegen die Weltarbeiterschaft. -

Gemäss der Potsdamer Deklaration verlangt die SU Friedensregelung mit Japan durch die Konferenz der Ausserminister von USA, England, SU, China, die nur einstimmige Beschlüsse fassen kann. Daran wollen die Imperialisten sich nun nicht halten. Sie wollen Friedensschluss mit Japan durch eine Konferenz aller an den Westpazifik grenzenden Staaten, worin die SU hoffnungslos an die Wand gedrückt würde. - Das lehnt die SU ab. Darum wollen die Imperialisten Separatfrieden mit Japan, das ist das Kriegsbündnis mit Japan gegen die SU.

Deshalb stellt die SU die Alternative: Entweder Friedensschluss mit Japan, eine Regelung der asiatischen Fragen überhaupt so, dass auch die Interessen der SU befriedigt werden: in diesem Fall soll USA den koreanischen Brückenkopf behalten, --- Oder Friedensschluss, Regelung bei Ausschaltung der SU, das ist Kriegsbündnis gegen die SU: in diesem Fall kein Ueberlassen des koreanischen Brückenkopfes an USA. Darum geht es in Korea. Es ist der Anfang der langen Endphase des noch nicht ganz ausgetragenen zweiten imperialistischen Weltkriegs. -

Die Kriegsverbrecher, hochgekommen durch Verrat an der proletarischen Revolution, wollen die Machtstellung, die sie an sich gerissen, mit den riesigen Privilegien, Pfründen, weiter behalten, möglichst vergrössern. Dem unterordnen sie alles, auch die Interessen des Weltproletariats. Sie sehen sich durch die Weltimperialisten in ihrer Weiterexistenz tödlich bedroht.

Die Stalinbürokratie gaunert sich als "kommunistisch" vor, um die Massen einzufangen, deren Kampfkraft auszuschmälern. Die Bourgeoisie weiss sehr wohl, dass die Stalinbürokratie alles andre will, als Kommunismus. Dennoch trommelt sie ununterbrochen "für die Notwendigkeit der Verteidigung der freien Welt (des Kapitals) gegen den Kommunismus. Sie erleichtert den Stalinbanditen den Gaunertrick, sich den Massen als "Kommunisten" vorzuschwindeln.

Warum tut das die Weltbourgeoisie? Weil sie darauf ausgeht, jeden, der das kapitalistische System bedroht, niederzuschlagen, letzten Endes die Arbeiter aller Länder! Gerade dazu organisiert sie in allen Ländern den Neufaschismus.

Welche Rolle spielen in diesem Weltkampf die LP, SP, Gewerkschaftsbürokratie? Zuerst gaben sie sich aus als "Dritte Kraft", die angeblich zwischen den zwei Lagern stehe. Jetzt versucht es die SP mit einer neuen Finte. Sie kämpft gegen beide, gegen die Bourgeoisie und gegen den Kreml, lügt sie, Sie überspringt die kleine Tatsache, dass sie in allen Ländern, auch in England, mit der Kapitalistenklasse zusammenarbeitet. ... Sie arbeitet mit an den Raubplänen der Imperialisten, kämpft mit deren Raubkrieg. Das wird je weiter, desto krasser sichtbar werden.

Um die Massen einzuseifen, kombiniert die SP ihre Politik der (kapitalistischen) Verstaatlichung mit ihrer Politik der (kapitalisti-

schen!) Demokratie. Gar nichts dagegen wollen sie hören davon, die Politik der Nationalisierung zu verknüpfen mit der proletarischen Demokratie. Die Herrschaften kämpfen nämlich für die Interessen der Massen nur im Rahmen des Profits! - dagegen lehnen sie ab, die Politik der Nationalisierung zu betreiben auf Kosten des Profits! Da liegt der Has im Pfeffer. Das Erste rontiert sich den Verrätern besser, dafür bekommen sie von den Kapitalisten ihren Judaslohn. Denn so wie der Stalinbürokratie, so geht es auch der labouristischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Bürokratie in erster Linie um ihren egoistischen Vorteil, dem sie bedenkenlos die Interessen der Arbeitermassen unterordnen. So liefert sie die Massen immer wieder aus den Profitmachern, der Konterrevolution, den Kriegsmachern.

Sie kämpfe gegen die Imperialisten und den Kreml, sagt die SP, sie l ü g t! Sie kämpft im imperialistischen Lager gegen die SU, gegen das Weltproletariat!

Wohl aber gibt es eine Unmenge von Gruppen, darunter auch die Zentristen Nr. 3 1/2, die von der Arbeiterklasse verlangen: Kampf gegen Wallstreet und Kreml! Alle, die so reden, handeln, wie gut immer ihre Absichten, arbeiten tatsächlich den Imperialisten in die Hände, gegen die SU, gegen die Weltarbeiterklasse.

Ja, die Massen müssen gegen Beide kämpfen, gegen die imperialistischen Banditen und gegen die Kremलगangster, aber sie müssen dabei einen äusserst wichtigen Unterschied machen. Der Stalinbande geht es um ihre Selbstbehauptung. Sie ist zu jedem Verrat an den Massen bereit, wenn sie dadurch ihr Schmarotzerdasein verlängern kann. Doch um ihre Parasitenposition zu verteidigen, ist die Stalinbürokratie gezwungen, die hundertfünfzig Millionen russischen Arbeiter und arme Bauern gegen die Unterwerfung, Ausbeutung durch das

Weltkapital zu verteidigen. Die Unterjochung der russischen Massen durch die Weltimperialisten wäre schwerste Niederlage zugleich der Arbeiter und armen Bauern aller Länder, gerade das letzten Endes bildet das K r i e g s h a u p t - z i e l der Weltbourgeoisie. Die Massen müssen gegen Beide kämpfen, aber sie müssen diesen Kampf so führen, dass sie ihre Aktion gegen den Kreml der Aktion gegen die Weltbourgeoisie u n t e r o r d n e n.

Nur so vermag die Weltarbeiterklasse den tödlichen Konflikt, in den sich ihre beiden Todfeinde zwangsläufig immer mehr verstricken, für sich auszunützen: sie muss die Stalingangster ausnützen, um die Weltbourgeoisie zu besiegen und - auf dieser Grundlage - muss sie die Stalinbürokratie immer mehr erschüttern, um sich schliesslich auch von dieser Verbrecherbande zu befreien.

Mit der gleichen Taktik muss sie die jugoslawischen Massen gegen beide Feinde unterstützen. Sie muss sie unterstützen auch gegen den dritten Feind, die Titobürokratie, Titoregierung, Titopartei, die zwar nicht bewusst, aber tatsächlich dem USA-Imperialismus in die Hände arbeiten. Jedoch muss sie den Kampf gegen das Titosystem dem Kampf gegen das Stalinsystem unterordnen.

Nicht zu Gunsten der Massen wird dieser Krieg geführt, wie die Imperialisten und der Kreml lügen. Er wird geführt für den Profit! Er wird geführt für die Schmarotzerexistenz der labouristischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Bürokratie. Er wird geführt für das Parasitendasein der Stalinbürokratie! Unter Friedenslügen jagen sie alle die Massen in Mord, Tod, Zerstörung.

W e h r t E u c h ! Schluss mit dem Morden, Zerstören!  
Schluss mit dem imperialistischen

Raubkrieg! Schluss mit dem stalinischen Raubkrieg! Nützt den Todeskampf Eurer beiden Todfeinde aus um sie Beide zu erledigen! So öffnet Ihr Euch den Weg zum weltsozialistischen Vormarsch!

Vorwärts zum Kampf für den proletarischdemokratischen Frieden!

Vorwärts zum Aufbau der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, als Vorkämpferin für diesen Frieden, für den Frieden zu Gunsten der Massen!

-----  
Berichtigung:

In Nr. 7 im Artikel "Jugoslawien" soll es S. 5, im Absatz 1 richtig lauten: "Darum unterstützen wir die Arbeiter und ärmsten Bauern Jugoslawiens in ihrem Kampf für das proletarischdemokratische Selbstbestimmungsrecht usw".

In Nr. 8 ist das Datum des Artikels "Titos Betriebsrätegesetz" nachzuholen, nämlich: 3.8.1950.

In der Notiz "Aus dem Reiche Waldbrunnens" in Nr. 8 unterlief ein unangenehmer Schreibfehler. Der letzte Satz soll richtig lauten: "Wirkliche Hilfe bringt Euch Nur, wenn Ihr den Staat so umformt, dass er der überwiegenden Mehrheit des Volkes, den Arbeitern und den nichtausbeutenden Kleinbürgern dient."